

Einleitung

Moderne Demokratien stützen sich auf die Legitimation durch den Willen des Volkes. Dieser wird im Allgemeinen durch Wahlen zum Ausdruck gebracht. Es sind die Stimmenmehrheiten, die politische Akteure als Stellvertreter autorisieren und sie zu Repräsentanten machen. Was auf den ersten Blick selbstverständlich erscheint, offenbart sich bei näherer Betrachtung jedoch als interessantes Phänomen. Denn Anerkennung entsteht nicht nur durch Wahlen. Auch die organisierte Zivilgesellschaft vertritt die Interessen der Bürger – allerdings als nicht-gewählte Repräsentanten. Sie müssen sich Anerkennung erarbeiten. Anerkennung muss ›herbeigeredet‹ werden, was allerdings auch schon immer kritisiert wurde:

»Heute sprechen und kämpfen alle Faktoren des öffentlichen Lebens im Namen des Volkes, der Gesamtheit. Regierung und Rebellen, Könige und Parteiführer, Tyrannen von Gottes Gnaden und Usurpatoren, wild gewordene Idealisten wie berechnende Ehrgeizlinge, alle sind ›das Volk‹ und geben an, mit ihrer Aktion nur den Willen des Volkes zur Durchführung zu bringen.« (Michels 1910/1989: 17)

In seiner empirisch gesättigten Studie über politische Organisationen, in der er die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens untersuchte, nahm Robert Michels auch die Wortführer in den Blick, die als politische Repräsentanten in der Interessenvertretung aktiv werden. Er hatte beklagt, dass die ›Stimme des Volkes‹ nur selten aus dem Volk selber komme. Überhaupt sei der Begriff ›Willen des Volkes‹ für soziologische Analysen problematisch, worauf Max Weber, einige Zeit vor der Entstehung des obigen Zitats, seinen damaligen Freund Robert Michels in einem Brief aus Heidelberg am 4. August 1908 hinwies:

»Solche Begriffe wie ›Wille des Volkes‹, ›wahrer Wille des Volkes‹ u.s.w. existieren für mich schon lange nicht mehr. Sie sind *Fiktionen*. Es ist gerade so, als ob man von einem ›Willen der Stiefelconsumenten‹ reden wollte, der für die Art, wie der Schuster seine Technik einrichten sollte, maßgebend sein müsse.« (Weber et al. 1990: 615-616 [Herv. i.O.])

Als Anmerkung fügte er in einer Fußnote hinzu: »Die Schuhconsumenten wissen zwar, wo sie der Schuh *drückt*, aber *niemals*: wie er *besser* gemacht werden solle.« (Ebd.) Während Weber das Beispiel des Schusters vorbringt, um zu betonen, dass für die politische Arbeit eine gewisse Befähigung und Ausbildung notwendig sei, so mag die Wortwahl bezüglich der ›Fiktionen‹ irritieren. Lässt man sich von der Skepsis dieser ersten Generation der Soziologen jedoch leiten, so werden jene Akteure, die sich als politische Repräsentanten und Interessenvertreter in Stellung bringen und ›im Namen des Volkes‹ die Stimme erheben, verdächtig. Genauer gesagt: sie werden zu interessanten und spannenden Untersuchungsobjekten. Insbesondere die organisierte Zivilgesellschaft, die sich als Resultat der Selbstorganisation von Bürgern versteht und daher Legitimation zur Interessenvertretung ›von unten‹ reklamiert, kann von den Sozialwissenschaften nicht mit einer Blankovollmacht zur Vertretung von Interessen ausgestattet werden. Denn nicht gerade selten sind auch in der organisierten Zivilgesellschaft ›wild gewordene Idealisten wie berechnende Ehrgeizlinge‹ anzutreffen.

Und dennoch. Eine organisierte Zivilgesellschaft ist wichtig für moderne demokratische Gesellschaften. Ohne sie geht es nicht. Aber wenn Vertreter der Zivilgesellschaft behaupten, dass sie im Namen der Bürger sprechen – was ist damit eigentlich genau gemeint? Was ist anders als bei gewählten Volksvertretern, die im Parlament sitzen? Immer schon sind in der Politik Repräsentation und Stellvertretung notwendig gewesen, um Interessen zu bündeln und zu artikulieren. Inwiefern politische Akteure Anerkennung als Repräsentanten erlangen können, lässt sich jedoch nicht ohne weiteres durch Auszählung von Stimmen oder Vermessung öffentlicher Aussagen bestimmen. Es ist erstaunlicherweise eine immer noch weitestgehend ungeklärte Frage, *wie* Stellvertreter zu Repräsentanten werden. Auch Pierre Bourdieu hat sich diese Frage gestellt.

»Was ist denn ein Papst, ein Präsident oder ein Generalsekretär letzten Endes anderes als jemand, der sich für einen Papst oder Generalsekretär hält oder genauer für die Kirche, den Staat, die Partei oder die Nation?« (1989: 45) Für seine Antwort benötigt der französische Soziologe das Konzept der symbolischen Macht, jener Macht, die in der Lage ist, sich Anerkennung zu verschaffen, indem die durch sie ausgeübte Gewalt verkannt wird. Und er geht sogar noch weiter. Repräsentation sei »einer der Fälle sozialer Magie, wo ein Ding oder eine Person zu etwas anderem wird« (Bourdieu 2001: 18). Meine These ist, dass eine soziale Magie in einem Prozess zu wirken beginnt, der durch Anerkennung aus einem Vertreter einen Repräsentanten macht. Der Begriff der sozialen Magie ist daher das Leitthema der vorliegenden Studie über politische Repräsentation.

Im Rahmen einer wissenschaftlichen Arbeit von ›Magie‹ zu sprechen kann erst einmal Skepsis hervorrufen. Immerhin ist eine der ersten Assoziationen mit diesem Begriff, dass Magie das Gegenstück der redlichen Wissenschaften sei; sie ist *bad science* (Calhoun 2002). Magie ist oft und lange als Zauberkunst oder geheimnisvolle Kraft beschrieben worden. In den

Sozialwissenschaften wurde Magie durch anthropologische Studien zu vormodernen oder ›primitiven‹ Völker geprägt. Sie wurde oft als irrationale Praxis bewertet, die im Zuge der Entzauberung der Welt verschwinden würde. Ihre Bedeutung hat sie jedoch als Mechanismus sozialer Integration (Durkheim) und in ihrer Funktion als psychologische Ergänzung bei begrenzten praktischen und technischen Fähigkeiten (Malinowski). Darüber hinaus ist Magie im Allgemeinen in ein kohärentes und intern rational strukturiertes Denksystem eingebunden (Evans-Pritchard).

Auch bei Max Weber findet sich eine ähnliche Deutung von Magie. Für ihn ist magisches Handeln ein subjektiv zweckrationales Handeln, das neben legal-rationalen Aspekten auch affektuelle und emotionale Komponenten aufweist (vgl. Breuer 2006). Jede Magie ist demnach eine soziale Magie, denn sie wirkt, wenn sie wirkt, einzig und allein für die Menschen, die an sie glauben und die, indem sie daran glauben, auf bestimmte Art handeln, wodurch sie mit diesem magisch inspirierten Handeln auch jene betroffen machen, die nicht an Magie glauben. Magie muss inszeniert werden. Sie verliert ihre Wirkung erst, wenn wissenschaftlich-rationale Erklärungen glaubwürdiger sind als magische Beschwörungen. Und doch sind moderne Gesellschaften nicht frei von Magie – ganz im Gegenteil. Denn das Feld der Politik arbeitet nicht nach einer wissenschaftlichen Logik. »Die Logik der Politik ist die der Magie«, so Bourdieu (1989: 45). Auch angesichts einer notwendigen Skepsis und Kritik an politischen Entscheidungsträgern muss man doch Politikern erst einmal eine Menge ›glauben‹ – und hier öffnet sich ein Wirkungsraum für eine soziale Magie. Man muss sie, auch wegen ihrer politischen Entscheidungsgewalt, ›ernst nehmen‹.

Ernst nehmen sollte man auch jene politischen Akteure, die nicht durch demokratische Wahl legitimiert sind. Man begegnet ihnen häufiger. Immerhin wird Politik nicht mehr ausschließlich im klassischen Dreieck zwischen einer Legislative, der Exekutive und der Judikative gemacht. Die Berichterstattung der Medien und der Lobbyismus unterschiedlichster Interessengruppen gehören ganz selbstverständlich dazu. Repräsentative Demokratien in staatlicher Rahmung beginnen sich dabei schleichend zu transnationalisieren. Es kommt zur Entgrenzung von Demokratie (vgl. die Beiträge in Jarren/Steiner/Lachenmeier 2007). In europäischen Ländern wird die EU-Ebene für zahlreiche Politikfelder wichtiger. Eine Vielzahl neuer Akteure partizipiert zudem an der Gestaltung europäischer Politik, dazu gehören auch Organisationen der Zivilgesellschaft. Folglich sind sowohl die europäische Dimension und die Aktivitäten der organisierten Zivilgesellschaft besonders zu berücksichtigen,¹ wenn man sich den Wandlungen und den Mechanismen des Repräsentativsystems zuwendet.

1 Zivilgesellschaft wird im Sinne einer ›organisierten Zivilgesellschaft‹ verwendet und referenziert politische Interessengruppen, die mit einem ›zivilen Skript‹ ihre Gemeinwohlorientierung artikulieren. Die Anzahl der Publikationen, allein für die Bedeutung der organisierten Zivilgesellschaft zur Demokratisierung der Eu-

Oft werden Zivilgesellschaftsorganisationen als elementare Bestandteile funktionierender Demokratien betrachtet, denn sie ergänzen die politische Willensbildung. Insbesondere in der Diskussion über die Demokratisierung der Europäischen Union hat die Zivilgesellschaft eine prominente Rolle als Hoffnungsträger. Denn für die Demokratisierung dieses supranationalen politischen Objektes mit einer Bevölkerung von knapp einer halben Milliarde Menschen steht nur die repräsentative Demokratie als realistische Option bereit – aber auf EU-Ebene existieren bislang nur ›Fraktionen‹ und keine politische Parteien, die diese Aufgaben übernehmen könnten. Auch hat sich das einst stärkste Argument für deren Partizipation relativiert. War einst für das politische Gewicht dieser Organisationen die Zahl der Mitglieder und Unterstützer das bestimmende Merkmal, weil es auf das Mobilisierungs- und vor allem das Streikpotential hindeutete, so hat dieses Argument angesichts schrumpfender Mitgliederzahlen an Bedeutung verloren. Zwar wird die Größe noch immer als Merkmal der Repräsentativität genommen, doch die Macht der Zahl ist nur mehr ein kommunikatives Artefakt, weil Stimmenpakete nicht mehr ins Feld geführt werden können (vgl. Mielke 2009). Während Parteien allerdings noch demokratische Legitimation beanspruchen, weil sie von Bürgern gewählt werden können, sieht die Lage bei Organisationen der Zivilgesellschaft anders aus. Hier stellt sich die Frage, *wen* oder *was* diese Akteure repräsentieren, was selbst nicht ganz klar wird, wenn man die Organisationen befragt (vgl. Kohler-Koch/Quittkat 2009). Eine Antwort, beispielsweise von Greenpeace als Prototyp politisch aktiver zivilgesellschaftlicher Interessengruppen, klingt dann so: »Wir sind Anwalt der Umwelt und der Verbraucher.« (Interview Greenpeace)

So einleuchtend diese Antwort erst einmal ist, auf den zweiten Blick offenbaren sich doch einige Schwierigkeiten. Als Anwalt der Umwelt wäre Greenpeace ein Anwalt ohne Klient, denn die Umwelt ist keine Person, die sich dazu äußern könnte, ob sie vertreten werden will oder nicht. Und ob ›die Verbraucher‹ sich durch einen Anwalt wie Greenpeace vertreten lassen will, ist ebenfalls unklar. Gibt es ›die Verbraucher‹ überhaupt? Es wäre auf jeden Fall eine zahlenmäßig größere Bezugsgruppe als die Mitglieder von Greenpeace. Und selbst die Mitgliedschaft von Greenpeace entzieht sich einer festen Eingrenzung. Wer die Interessenten dieser Organisation sind, bleibt diffus (Aktivisten? Stimmberechtigte Mitglieder? Fördermitglieder? Sympathisanten?). Eine solche Eingrenzung vorzunehmen ist auch nicht das Ziel dieser Studie. Das Erkenntnisinteresse der Arbeit ist, *wie* sich die organisierte Zivilgesellschaft ihre Glaubwürdigkeit erarbeitet. Hinweise auf eine Antwort kommen von den untersuchten Organisationen selbst:

ropäischen Union, ist kaum mehr überschaubar. Die meisten Beiträge sind jedoch von normativen und demokratietheoretischen Ideen geprägt. Da ›Zivilgesellschaft‹ selbst ein normatives Konzept ist (vgl. Calhoun 2003, Gosewinkel/Rucht/van den Daele 2004, Keane 2006, Klein 2001), gibt es allerdings kaum normativ distanzierte empirische Arbeiten zu diesen politischen Interessengruppen.

»Wir können nicht sagen, dass wir im juristischen oder politischen Sinne die Katholiken oder die Laien repräsentieren, den Anspruch dürfen wir nicht erheben. [...] Wir erheben den Anspruch, dass wir Anliegen repräsentieren. [...] Also da muss man sofort fragen, was sind die Anliegen? Also ich muss zugeben, dass wir im gewissen Sinn natürlich diese Anliegen auch selber definieren. [...] Wir organisieren gesellschaftliche Kommunikation.« (Interview ZdK)

Kommunikation ist das zentrale Element von Repräsentationsverhältnissen. Politik zu machen bedeutet immer auch für andere zu sprechen. Reden ist dabei nicht nur politisches Handeln, es ist auch repräsentierendes und stellvertretendes Handeln. Gesellschaftliche Kommunikation ›passiert‹ dabei nicht einfach, sondern sie muss in der Tat ›organisiert‹ werden. Wird das Organisieren gesellschaftlicher Kommunikation in den Mittelpunkt gerückt, kann eine repräsentative Demokratie mit den bisherigen Konzepten politischer Repräsentation weder *top-down* durch Integration von Interessen, noch *bottom-up* durch Aggregation von Interessen konzipiert werden, sondern muss sozusagen *free-floating in mid-air* gedacht werden. Das zentrale Argument ist, dass in der Organisation von Kommunikation eine soziale Magie zu wirken beginnt, welche in langwierigen Prozessen die Anerkennungswürdigkeit politischer Repräsentationsbeziehungen herstellen kann. Zu beantworten sind demnach folgende Fragen: Was ist die soziale Magie? Wie lässt sie sich erklären? Wie zeigt sie sich in politischer Repräsentation?

Für gewöhnlich wird in der Politik ein Repräsentationsverhältnis durch Wahl hergestellt. Dieser Aspekt interessiert hier nicht. Von Interesse ist hingegen, wie Repräsentationsverhältnisse hergestellt werden, wenn gerade *nicht* gewählt wird. In jedem Fall werden durch politische Repräsentation Stellvertretungsbeziehungen hergestellt. Durch Repräsentationsansprüche werden Mächtige und Mindermächtige voneinander getrennt und bleiben dennoch aufeinander bezogen (Saward 2006b). Im Mittelpunkt dieser Arbeit steht die Konzeption eines entsprechenden theoretischen Rahmens, um die Entstehung politischer Repräsentationsbeziehungen sowohl auf machttheoretischer als auch auf symbolischer Ebene nachvollziehen zu können.

Das Argument ruht auf der Annahme, dass Repräsentationsansprüche einen Anteil bei der Produktion sozialer Identitätskategorien haben. Sie machen sowohl Repräsentanten als auch Repräsentierten ein gemeinsames Identifikationsangebot. Außerordentlich ertragreich für die Untersuchung einer solchen Kommunikation über Repräsentation sind die figurationssoziologischen Konzepte von Norbert Elias. Bereits in den 1960er Jahren entwickelte er neben dem auch hier verwendeten Konzept der ›Figuration‹ weitere Begrifflichkeiten, die jedoch von der politischen Soziologie bislang nicht aufgegriffen wurden. Gemeint sind die komplementären Begriffspaare ›Lobklatsch‹/›Schimpfklatsch‹ und ›Gruppencharisma‹/›Gruppenschande‹. Durch Zuweisung von ›Lobklatsch‹, oft auf sich und die eigene Gruppe, kommt es zur Konstruktion von ›Gruppencharisma‹, was einem Sozialverband ein spezifisches Identitätsprofil und ein bestimmtes Prestige gibt. Mit

›Schimpfklatsch‹ werden ebenfalls Gruppenidentitäten ausgebildet, nur wird dabei die Identität anderer Gruppen negativ konturiert, indem sie stigmatisiert, mit ›Gruppenschande‹ belegt, und in einer kommunikativ erzeugten Statushierarchie der eigenen Gruppe untergeordnet wird (Elias 1998). Das Resultat dieser Form der Kommunikation ist eine relationale Positionierung der Akteure in spezifischen Figurationen sowie die symbolische Strukturierung des politischen Feldes (vgl. Bourdieu 2001). Überprüft werden kann dieser Zugang zur Thematik der politischen Repräsentation an Fallstudien zur organisierten Zivilgesellschaft.

Was sind die Schwerpunkte der Studie? Konnten mit den bisherigen Konzepten politischer Repräsentation die Legitimität der demokratischen Verhältnisse in einem Staat analysiert werden, zeichnet sich inzwischen ab, dass diese Konzepte aufgrund der Transformation von Staatlichkeit im europäischen Integrationsprozess an ihre Grenzen stoßen. Es ist zum einen eine Lücke in der Theorie zu konstatieren und zum anderen ein Wandel in der Empirie zu beobachten.

Der blinde Fleck in den Theorien politischer Repräsentation kommt dadurch zustande, dass lediglich die Beziehung zwischen der vertretenen *Basis* und den *Stellvertretern* im Blick war. Mit Erweiterung des Blicks kann auch die Position des Anderen beachtet werden, der das Stellvertretungsverhältnis ebenfalls anerkennen muss. Folglich ist nicht nur von Interesse, wie sich der Repräsentant gegenüber seinen Konstituenten verhält, sondern auch, wie er mit Anderen – und gemeint sind damit potentielle oder tatsächliche Entscheidungsträger – interagiert. Vor allem die Aktivitäten der Repräsentanten der organisierten Zivilgesellschaft scheinen ein aufschlussreicher Untersuchungsgegenstand zu sein, da ein ergebnisoffener Aushandlungsprozess beobachtet werden kann, in dem die Stellvertreter in beiden Handlungszonen um Anerkennung werben müssen. Das Augenmerk richtet sich folglich auf jene Personen, die als Sprecher dieser Organisationen die politische Bühne betreten und dort als Vermittler fungieren. Wie kommt es, dass diese Repräsentanten als Wortführer zur Vertretung ihrer Organisationen und deren Interessenten autorisiert sind? Was passiert in einem solchen Akt der Autorisierung?

Was durch Autorisierung geschieht, kann kaum auf andere Weise denn als ›magisch‹ bezeichnet werden. Ein politischer Körper wird erschaffen, erzeugt, geboren, so formuliert es beispielsweise Manow (2008). Dieser politische Körper muss als kollektives Symbol durch den natürlichen Körper eines Menschen ›belebt‹ werden. Der Repräsentierende erschafft, indem er glaubwürdige Aufführungen seiner Rolle in Szene zu setzen weiß, dabei zugleich auch die politische Ordnung immer wieder aufs Neue. So wie dem Schauspieler über den Applaus des Publikums die Anerkennung seiner Leistung mitgeteilt wird, so wird ein politischer Repräsentant – meistens durch den Wahlakt – anerkannt und zur Führung und Vertretung der Gefolgschaft autorisiert. Fehlen derlei politische Einsetzungsriten wie Wahlen, mit denen die Autorisierung gekennzeichnet werden kann, stellt sich jedoch

die Frage: wie werden Stellvertretungsbeziehungen legitimiert? Immerhin kann es dazu kommen, dass politische Akteure als legitime Stellvertreter anerkannt werden, ohne dass dem ein Wahlakt zugrunde liegt. Wie also wird die soziale Magie zur Wirkung gebracht? Wie kommt es zur Anerkennung? Als Antwort lediglich einen Verweis auf Charisma zu akzeptieren, wäre unbefriedigend und unzureichend. Es ist daher ebenfalls notwendig, Charisma als soziologisches Konzept erneut kritisch zu überprüfen.

Eine forschungsleitende These ist, dass Charisma auf eine symbolische Dimension der politischen Realität verweist. Eine als ›charismatisch‹ empfundene Person hat nur in den Augen einer Interpretationsgemeinschaft so etwas wie ›kollektive Bedeutung‹. Nur in ihr wirkt jene soziale Magie der Repräsentation als eine performative Macht, welche einen gewöhnlichen in einen außergewöhnlichen Menschen verwandelt, indem sie ihn als Vertreter einer Vielzahl anderer Menschen in Erscheinung treten lässt. Dabei bezieht ein Repräsentant »seine magische Macht über die Gruppe aus dem Glauben der Gruppe an seine Repräsentation der Gruppe, die eine Repräsentation der Gruppe selbst und ihrer Beziehungen zu den anderen Gruppen ist«, so Bourdieu (2001: 99).

Dahinter steht ein komplexer Prozess der politischen Entfremdung, der sich darin zeigt, dass die Vertretenen zwischen einem politischen Körper und einem natürlichen Körper des Vertreters zu differenzieren beginnen. Der natürliche Körper wird mit symbolischer Bedeutung aufgeladen – er wird zur Maske und zur Identitätsfacette – und kann dadurch in den symbolischen Wortschatz einer Gemeinschaft integriert werden. Der Repräsentant wird dadurch Teil der politischen Ordnung einer Gesellschaft und kann in die Selbstdarstellung des Gemeinwesens, das ja auch als Vorstellung in den Köpfen der Mitglieder existieren muss, eingepasst werden. Der Repräsentant hat dabei immer – wie ein Schauspieler – eine Rolle auszufüllen, die den Erwartungen der Repräsentierten größtenteils entspricht und auch von anderen anerkannt wird. Die Rolle des gewählten Repräsentanten ist in der staatlichen Politik relativ starr und vermittelt das Gefühl einer traditionellen, aus der Vergangenheit kommenden und immer schon so gewesen und daher auch so bleibenden Zeitlosigkeit. Diese Konstanz der Rolle deutet auch die Unsterblichkeit des Gemeinwesens an. Der Staat, oder genauer genommen der moderne demokratische Nationalstaat, war dabei lange das dominierende Ordnungsmodell für ein politisches Gemeinwesen und ist es in vielen Hinsichten noch immer. Zunehmend deuten sich jedoch mit der Konstitutionalisierung der Europäischen Union als einer ›supranationalen politischen Formation‹ grundlegende Veränderungen für die bestehenden repräsentativen Demokratien der EU-Mitgliedsländer an.

Um diesen Anpassungsstress abzumildern, wird von der EU nach und nach die repräsentative Demokratie als Ordnungsmodell angestrebt. Im *Vertrag von Lissabon* findet sich in den ›Bestimmungen über die demokratischen Grundsätze‹ der Artikel 10 (1): »Die Arbeitsweise der Union beruht auf der repräsentativen Demokratie.« (Europäische Kommission 2007b)

Bislang jedoch sind in der EU die vielfältigen Arenen und Verfahren zur Herstellung legitimer politischer Entscheidungen noch nicht ausgereift:

»*Differentia specifica* des europäischen politischen Systems ist die kollidierende Natur dieser Foren und Modi. Territoriale, bürokratische, parlamentarische und Interessenrepräsentation kollidieren in einem komplexen, intransparenten System pluraler Repräsentationsforen, deren Wirkungskreise sich nur teilweise überschneiden. Resultat ist neben der Aushöhlung mitgliedstaatlicher Demokratie eine exekutive Verselbstständigung und institutionelle Lähmung.« (Pollak 2007: 7)

Die Wahrnehmung eines Demokratiedefizits der Europäischen Union zeigt sich nicht nur in diesem Zitat, auch unzählige durch EU-Gelder finanzierte Forschungsprojekte kamen zu ähnlichen Evaluationen.² Immer mehr wurde dabei deutlich, dass die Konzepte von Demokratie und von Staatlichkeit im Kontext der europäischen Integration einer Neubestimmung bedürfen.

Ein politischer Wille zur Mitarbeit an der Realisierung und Verbesserung eines europäischen Gemeinwohls wird von der organisierten Zivilgesellschaft artikuliert. Diese Interessengruppen sind dabei sowohl ›Vertreter‹ von Bürgerinteressen als auch zugleich ›Konstituenten‹ des europäischen Gemeinwesens (vgl. Trenz/Bernhard/Jentges 2009). Als ›Vertreter‹ agieren sie in der Europapolitik, um Interessen durchzusetzen. Als ›Konstituenten‹ müssen sie abwägen, unter welchen Bedingungen sie diesem Gemeinwesen Legitimität zuweisen wollen. Aus der Perspektive der europäischen Institutionen ist die Partizipation der Zivilgesellschaft politisch gewollt. Gerade deswegen bietet es sich an, die soziale Magie politischer Repräsentation anhand der organisierten Zivilgesellschaft im Europäischen Regieren zu untersuchen. Die Fallstudien lassen sich damit als *crucial cases* sehen. Von ihnen lässt sich ableiten, wie sich ein solcher Anerkennungsprozess auch in anderen Settings entfalten kann. Es ist ein vielversprechendes Versuchsfeld für die Ausarbeitung einer soziologischen Theorie politischer Repräsentation.

Was sind die Fragestellungen der vorliegenden Arbeit? Repräsentation ermöglicht denen, die repräsentiert werden, eine gemeinsame Identität zu finden, denn es wird eine Abbildung erzeugt, in der sie sich wiedererkennen können. Erst dadurch konstituiert sich die Gruppe der Repräsentierten. Eine derart ›imaginierte‹ Gemeinschaft erhält durch politische Repräsentation eine Verkörperung und Manifestation. In Anlehnung an Carl Schmitt schreibt Duso: »Es gibt keine Identität außer durch Repräsentation, welche die Identität präsent und erfahrbar macht und der Identität eines politischen Körpers [...] Form verleiht.« (2006: 31) Repräsentation hat demnach eine Funktion der Transzendenzierung mit der Abwesendes anwesend gemacht

2 Die kaum mehr überschaubare Anzahl an Publikationen stammt unter anderem aus den Forschungsprojekten CIVGOV, CINEFOGO, CONNEX, CONSTEPS, DEMOS, EU-Constituency, EUROPUB.COM und RECON.

wird. In gewisser Weise geht es also darum, ein Wesen aus dem Nichts zu erschaffen. Während wir wissen, dass der Hase schon im Hut sitzt bevor er daraus hervorgezaubert wird, ist es allerdings bislang ein Rätsel, *wie* politische Repräsentation entstehen kann. Die erste Fragestellung der Arbeit kann daher als kritische Annäherung an die These Bourdieus verstanden werden und lässt sich dann wie folgt formulieren:

Wie wirkt die soziale Magie politischer Repräsentation?

Die erste Fragestellung wird durch eine Rekonzeptualisierung politischer Repräsentation bearbeitet, wobei *representative claims* in den Vordergrund rücken. In einem sich gegenseitig verstärkenden Wechselspiel werden durch Repräsentationsansprüche die bestehenden und entstehenden Macht- und Herrschaftsbeziehungen metaphorisiert und auf einer symbolischen Bedeutungsebene relevant. Repräsentationsansprüche tragen dadurch dazu bei, jene Bilder der politischen Umwelt zu prägen, die wie Himmelskarten den Wortführern und der Gesellschaft eine Orientierung ermöglichen. Auf der Basis dieses ›Orientiert-Seins‹ können dann Repräsentationsansprüche als glaubwürdig eingestuft werden und bilden dadurch erneut die Grundlage zur Herstellung weiterer Autoritätsbeziehungen. Diese entfalten sich auf einer sozialen Interaktionsebene, wobei es den Akteuren möglich ist, sich an dem aus Symbolen gebildeten Firmament in der politischen Realität zu orientieren.

Diese Prozesse lassen sich besonders gut am Beispiel sich verändernder Staatlichkeit im europäischen Integrationsprozess untersuchen, was im empirischen Teil dieser Studie versucht wird. Zu konstatieren ist dabei, dass insbesondere die organisierte Zivilgesellschaft zunehmend ›Partner‹ im europäischen und globalen Regieren wird (vgl. Jobert/Kohler-Koch 2008). Durch diese Annäherung an die Politik verlassen sie jedoch ihre sie legitimierende Position als ›soziale Konstituentenschaft‹ und ›gesellschaftliches Gegenüber‹ der Obrigkeit. Es ist nicht auszuschließen, dass diese Annäherung zu einem deutlichen Legitimitätsverlust der organisierten Zivilgesellschaft führen kann, wodurch auch Ansprüche auf politische Mitgestaltung geschwächt würden. Unabhängig davon, welche Richtung diese Veränderungen einschlagen, folgt daraus, die zweite Fragestellung der Arbeit:

Wie entsteht Anerkennung in der Zivilgesellschaft?

Es wird argumentiert, dass die in Argumentationsmustern gebündelten Repräsentationsansprüche der zivilgesellschaftlichen Interessengruppen eine zentrale Rolle für ihre Anerkennung als legitime Stellvertreter haben. Mit Repräsentationsansprüchen bieten die Organisationen der Zivilgesellschaft den Menschen, die sie als potentielle Konstituentenschaft adressieren, ein symbolisches Vokabular an, welches sowohl von Mitgliedern, Unterstützern und Sympathisanten als auch von politischen Konkurrenten, Alliierten oder

Gegnern verstanden werden kann. Es werden dabei Metaphern genutzt, um neue Konzepte und Vorstellungen zu erschaffen und diese zu politisieren. In Metaphern verdichten sich vielfältige Assoziationen. Sie verkoppeln Wissensbestände unterschiedlicher Provenienz und helfen dadurch die politische Realität zu verstehen und zu begreifen. Zivilgesellschaftliche Akteure organisieren demnach nicht nur gesellschaftliche Kommunikation, sondern sie kommunizieren auch die Organisation der Gesellschaft.

Allerdings können die Interessenvertreter die spezifische Funktion als Vermittler und Transmissionsriemen zwischen den politischen Institutionen und der Gesellschaft nur in begrenztem Maße erfüllen. Zwar schaffen sie es manchmal, den politischen Willen ihrer nationalen Konstituentenschaften in transnationalen Verständigungsprozessen zu bündeln und gegenüber den europäischen Institutionen zu artikulieren. An der Aufgabe, die komplexe und technokratische EU-Politik ihren Mitgliedern auf der lokalen Ebene verständlich zu kommunizieren, scheitern sie jedoch zumeist (Trenz 2007). Dennoch bleiben die Organisationen der Zivilgesellschaft als intermediäre Instanzen zwischen den Bürgern und den europäischen Institutionen von zentraler Bedeutung. Sie konstruieren Repräsentationsverhältnisse, sie machen kollektive Identitätsangebote an Teile der Bevölkerung und sie beeinflussen durch eine organisierte Interessenvertretung die Ausgestaltung europäischer Politik. Auch deswegen wurde die Zivilgesellschaft zum Hoffnungsträger für die Demokratisierung der Europäischen Union (Europäische Kommission 2001; 2005; 2006).

Einige Worte zum Aufbau der Arbeit. Im ersten Teil der Studie wird das Konzept der politischen Repräsentation bearbeitet. Am Anfang steht ein kritischer Überblick über die gegenwärtig diskutierten Konzepte. Die bestehende Spannung zwischen Stellvertretung als empirisch beobachtbares ›stellvertretendes Handeln‹ und politischer Repräsentation als symbolisch interpretierbare ›abbildende Darstellung‹ können durch eine breitere Perspektive nutzbar gemacht werden. Das Konzept der *representative claims* wird dazu von Saward übernommen und spezifiziert (2006b). Die Erweiterung der Perspektive von einer dualen Beziehung zwischen Repräsentanten und den von ihnen Repräsentierten hin zu triadischen Stellvertretungsfigurationen ermöglicht dann auch eine Untersuchung, wie nicht-gewählte Interessenvertreter sich legitimierende Anerkennung erarbeiten können.

Im zweiten Teil der Studie werden die Wirkungsmechanismen der sozialen Magie nachgezeichnet. Eine soziologisch gehaltvolle und empirisch anschlussfähige Theorie politischer Repräsentation wird ausgearbeitet, wobei der symbolische Aspekt von Repräsentation über eine Erörterung von Charismatisierungsprozessen hervorgehoben wird. Die in Repräsentation wirkenden ›magischen Mechanismen‹ werden mit Rückgriff auf Canettis sozialanthropologische Studie *Masse und Macht* (1960/1994) als ›Verwandlungen‹ erklärbar, bei denen ›Masken‹ und ›Maskensprünge‹ eine wichtige Rolle spielen. ›Verwandlungen‹ sind dabei das Resultat geglückter Inszenierungen von Repräsentationsansprüchen von Akteuren vor einem Publikum,

das zugleich eine Interpretationsgemeinschaft darstellt. Das Resultat dieser Überlegungen ist, dass Stellvertreter mittels der Figur des ›Helden‹ als politische Repräsentanten, gleich ob gewählt oder nicht, anerkannt werden können. Organisationen der Zivilgesellschaft lassen sich demzufolge als ›Heldenskollektive‹ interpretieren.

Der dritte Teil wendet sich dann der Anerkennung nicht-gewählter Repräsentanten zu. Mit dem ›Skript der Zivilgesellschaft‹ wird der Untersuchungsgegenstand zunächst begrifflich präzisiert. Nach der Darstellung spezifischer Argumentationsmuster werden im Anschluss drei Politikfelder präsentiert. Die Fallstudien zur organisierten Zivilgesellschaft in Deutschland behandeln die Bereiche Verbraucherschutz, Religion – mit einem Exkurs zur Islamkonferenz – und Gleichstellung. Es wird durch die empirischen Bezüge deutlich, dass Anerkennung erarbeitet werden muss und nicht durch Prämissen normativer Theorien herbeigezaubert werden kann.

In den Schlussbetrachtungen werden zu Beginn die Ergebnisse der Studie zusammengefasst. Hinsichtlich der ersten Fragestellung nach dem *Wie* der Herstellung von legitimen Repräsentationsbeziehungen zeigt sich, dass Repräsentativität durch die Autoren der Ansprüche hergestellt werden muss. Die soziale Magie politischer Repräsentation zeigt sich in der Herstellung eines symbolischen Vokabulars, mit dem zivilgesellschaftliche Organisationen den politischen Kosmos strukturieren und der Gesellschaft Deutungsangebote machen. Repräsentation hat dadurch große Ähnlichkeit mit dem theologischen Begriff der ›Konsubstantiation‹. Hinsichtlich der zweiten Fragestellung der Arbeit nach der Anerkennung von Organisationen der Zivilgesellschaft verengt sich die Antwort auf die Funktion der Differenzierung zwischen Repräsentierenden und Repräsentierten und die Relevanz dieser Differenzierung für die Konstruktion einer politischen Realität. Wenn Europäisierung dabei zur Erweiterung und Horizontbildung einer neuen ›europäischen Innenpolitik‹ führt, dann wäre das eine neuartige politische Rahmung, die repräsentiert werden muss – und zwar über die Vermittlungsfunktion der politischen Akteure. Zur Diskussion gestellt wird dabei zur theoretischen Weiterentwicklung das Konzept des ›navigierenden Regierens‹. Die organisierte Zivilgesellschaft steuert dabei gemäß ihrem Skript die Realisierung eines utopischen Projekts an, wobei sich dieser Prozess ungeplant, aber mit einer Richtung entfaltet und eine Zivilisierung gesellschaftlicher Beziehungen stärkt. Anmerkungen zur Vorgehensweise sowie Notizen zur begrifflichen Bestimmung von ›Zivilgesellschaft‹ beschließen den Band.

